



An
Herrn Matthias Burth, Bürgermeister
den Gemeinderat der Stadt Aulendorf

Aulendorf, 28. Januar 2019

Prüfanträge zum Haushalt 2019

Inhaltsangabe

- | | |
|---|---|
| ■ Verbannung von Einweg-Plastikflaschen in städtischen Räumlichkeiten | 2 |
| ■ Gegenüberstellung der Kosten Eigenreinigung ↔ externe Reinigung | 2 |
| ■ Verbot von Steinen aus Kinderarbeit auf dem Friedhof | 2 |
| ■ Klimakompensierte Mobilität bei der Stadtverwaltung | 3 |
| ■ Initiierung eines Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher | 3 |
| ■ JOB-Ticket für MitarbeiterInnen | 3 |
| ■ Einführung einer BürgerApp für Aulendorf | 4 |

Die BUS-Fraktion im Aulendorfer Gemeinderat freut sich, folgende Anträge zur Prüfung an die Stadtverwaltung stellen zu können. Der Vorstellung der Ergebnisse sehen wir im Gemeinderat bzw. in einem Ausschuss zeitnah und interessiert entgegen.

■ **Verbannung von Einweg-Plastikflaschen in städtischen Räumlichkeiten**

Wir stellen den Antrag auf Prüfung eines Verbots von Einweg-Plastikflaschen bei Veranstaltungen in allen städtischen Räumlichkeiten, wie z.B. der Stadthalle oder den Schulen. Insbesondere ist zu prüfen, wie ein solches Verbot festgeschrieben werden kann. Denn Einweg-Plastikflaschen, auch wenn sie mit Pfand belegt sind (aktuell 25 Cent), sind Ultrakurzzeitprodukte aus Kunststoff. Auch wenn ein Teil der Flaschen recycelt wird (oftmals zu minderwertigen Produkten) ist Abfallvermeidung der bessere Weg. Das schont von Beginn an die Umwelt und die Ressourcen. Auch der SPIEGEL schrieb am 18.01.2019: "Die Deutschen gelten als Weltmeister der Wiederverwertung. Tatsächlich tragen wir eine erhebliche Mitschuld daran, dass die Welt am Plastikmüll erstickt - weil viel weniger Plastik recycelt wird, als wir denken."

■ **Gegenüberstellung der Kosten Eigenreinigung ↔ externe Reinigung**

Wir stellen den Antrag auf Prüfung bzw. Gegenüberstellen der Kosten, die sich ergeben bei Eigenreinigung bzw. durch externe Reinigung von Gebäuden, die aktuell extern gereinigt werden. Die Gegenüberstellung soll so aufbereitet sein, dass ein realistischer Vergleich der Kosten möglich ist. Hintergrund ist, dass in quasi allen uns bekannten öffentlichen Gebäuden, welche extern gereinigt werden, es bei den Reinigungsleistung permanent oder temporär zu Unzufriedenheiten kommt. Weiter ist bekannt, dass die Kommunikation mit externem, teilweise öfters wechselndem Personal schwierig ist. Auch eine gemeinsamen Umfrage der Gewerkschaften IG Metall, NGG, IG BAU und ver.di Anfang 2016 zeigt kein gutes Bild der Facility-Services-Branche. Zeitdruck, ständige Überstunden und unfaire Löhne – so skizzierten Beschäftigte ihre Arbeitsbedingungen. Daran nahmen mehr als 2.700 Beschäftigte teil. Die Befragungsergebnisse zeigten deutlich, dass der harte Wettbewerbsdruck der Branche auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen wird.

■ **Verbot von Steinen aus Kinderarbeit auf dem Friedhof**

Wir stellen den Antrag auf Prüfung eines Verbots von Steinen mittels Friedhofssatzung, bei welchen nicht nachgewiesen werden kann, dass sie ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Insbesondere bitten wir hier die aktuelle Rechtslage zu überprüfen und auch eine Expertise des Kinderarbeitexperten Benjamin Pütter einzuholen. Wir sehen hier Handlungsbedarf, da die meisten Grabsteine, die in Deutschland verarbeitet werden, aus dem Ausland stammen. Die hiesigen Steinmetze bearbeiten und beschriften sie dann. Bei Steinen, die z.B. aus China oder Indien sind, besteht immer die reelle Gefahr, dass diese Steine aus Kinderarbeit stammen.

■ **Klimakompensierte Mobilität bei der Stadtverwaltung**

Wir stellen den Antrag auf Prüfung, wie der gesamte jährliche Mobilitätsbedarf bei der Stadtverwaltung und allen städtischen Einrichtungen (z.B. Bauhof, Eigenbetriebe, Feuerwehrwehren, Kindergärten) klimakompensiert werden kann.

Schon zum Haushalt 2015 hat die BUS Fraktion einen Prüfantrag an die Stadtverwaltung gestellt mit dem Ziel, eine Analyse der Dienstfahrten der Verwaltung zu erstellen. Die bemerkenswerte Auswertung hat ergeben, dass von 584 im Jahr 2015 erfassten Dienstfahrten 516 Fahrten (88,4%) unter 30 Kilometer waren und 177 Fahrten (30,3%) sogar unter fünf Kilometer waren. Die BUS Fraktion sah sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass ein sehr großer Teil der dienstlichen Wege der Stadtverwaltung durch Elektrofahrzeuge (E-Auto, E-Fahrräder, E-Lastenfahräder) bewältigt werden können. Aktuell besitzt die Stadtverwaltung noch keines dieser Fahrzeuge. Um den CO₂ Ausstoß jedoch schon jetzt zu kompensieren, gerade auch für Fahrten, die aktuell noch nicht elektrisch zu bewältigen wären, wie z.B. beim Bauhof oder bei den Feuerwehren, besteht die Möglichkeit das entstandene CO₂ über Klimaschutzprojekten zu kompensieren. Dazu sollen die Daten [km] der Fahrtenbücher addiert werden und/oder die Summe der getankten Treibstoffe (Benzin/Diesel). Daraus lassen sich in ausreichender Näherung die kompletten CO₂ Emissionen berechnen und über vorhandene Portale kompensieren.

■ **Initiierung eines Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher**

Jedes Jahr werden allein in Deutschland ca. 2,8 Mrd. Einwegbecher für Coffee-to-go verwendet und nach einmaligem Gebrauch weggeworfen. Das sind rund 320.000 Becher pro Stunde. Auch in Aulendorf findet man zunehmend weggeworfene Becher. Mittlerweile gibt es Mehrwegbecher mit Pfand, die wie eine Pfandflasche zurückgeben werden können. Wir stellen den Antrag auf Prüfung, wie sich Aulendorf einem solchen Mehrwegsystem anschließen kann, welches Mehrwegsystem am sinnvollsten ist und wie die örtlichen Gewerbetreibenden, die Coffee-to-go verkaufen, Partner in dieses System werden können.

■ **JOB-Ticket für MitarbeiterInnen**

Wir stellen den Antrag auf Prüfung der Einführung des JOB-Tickets für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und städtischen Einrichtungen. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland das flächendeckende Jobticket für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt. Seit 01. Januar 2016 gibt es das Jobticket BW für alle Landesbedienstete. Auch Landkreise haben mitgezogen. So hat das Landratsamt Bodenseekreis das JobTicket für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt. Dem Kreistag in Ravensburg liegt ein entsprechender Antrag vor. Das JOB-Ticket ist ein Anreiz vom Individualverkehr auf den ÖPNV umzusteigen und setzt ein klares Zeichen für den Klimaschutz und eine moderne Mobilität. Der Zuschuss zum JOB-Ticket beträgt monatlich 20 Euro. Er wird mit den laufenden Bezügen bzw. dem Gehalt ausgezahlt. Wir halten die Kosten für überschaubar und es würde gut zu der Bahnstadt Aulendorf passen sich für den ÖPNV einzusetzen.

■ Einführung einer BürgerApp für Aulendorf

Wir stellen den Antrag auf Prüfung der Möglichkeit der Einführung einer BürgerApp in Aulendorf. Insbesondere soll der Funktionsumfang einer möglichen App beschrieben werden, die technischen Voraussetzungen geklärt werden sowie die Kosten dargestellt werden. Als Orientierung kann etwa die BürgerApp in Tübingen dienen. Informationen sowie die Ansprechpartner siehe: www.tuebingen.de/buergerapp#/24199

Info: Mit einer BürgerApp können sich alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren an der politischen Willensbildung in Ihrer Gemeinde zu ausgewählten Themen beteiligen. Die BürgerApp ermöglicht es z.B. dem Gemeinderat, vor einer wichtigen Entscheidung, die Einwohnerinnen und Einwohner zu informieren und nach ihrer Meinung zu fragen.